

Landkreis Vorpommern-Rügen

1. Wahlperiode

Antrag

Einreicher:

Kreistagsfraktionen SPD, CDU und Bündnis 90 / Die Grünen

Vorlagen Nr.:

A/1/0057

Status: öffentlich

Gremium	Zuständigkeit	Sitzungstermin
Kreistag Vorpommern-Rügen	Entscheidung	25.02.2013

Antrag der Kreistagsfraktionen SPD, CDU und Bündnis 90 / Die Grünen: "Erklärung des Landkreises Vorpommern-Rügen zur inklusiven Schulbildung"

Beschlussvorschlag:

Der Kreistag Vorpommern-Rügen beschließt:

Der Kreistag schließt sich der Empfehlung des Bildungs- und Kulturausschusses an und leitet sie als gemeinsame Erklärung des Kreistages Vorpommern-Rügen an den Bildungsminister, die Landesregierung sowie alle demokratischen Fraktionen des Landtages M-V weiter.

Begründung:

Seit Beginn dieses Schuljahres haben sich die Mitglieder des Bildungs- und Kulturausschusses in mehreren Sitzungen intensiv mit dem Thema inklusiver Schulbildung in unserem Landkreis befasst. Gemeinsam mit der Kreiselternterratsvorsitzenden wurden Chancen, Möglichkeiten und Probleme erörtert. Aus der Diskussion ergab sich einstimmig der Wunsch zu der vorliegenden Erklärung und der Beschlussempfehlung für den Kreistag V-R. Insbesondere wurde festgehalten, dass bereits während der Modellphase inklusiver Bildung in den Grundschulen der Insel Rügen das Konnexitätsprinzip wenig beachtet wurde. Zusätzliche materielle Lasten (Anschaffung spezieller Lehrbücher, Kopien etc.) gingen und gehen weiterhin fast ausschließlich zu Lasten der Kommunen und unseres Landkreises. Ebenso verhält es sich mit der Einrichtung geeigneter Räume sowie weiterer nachfolgend angeführten Belastungen, wie beispielsweise die für nach 2013 noch nicht gesicherte Finanzierung der Stelle der Schulsozialarbeit. Die Kommunen werden hierfür direkt und indirekt über die Erhöhung der Kreisumlage sehr stark in Anspruch genommen. Außerdem werden die Anstrengungen spätestens ab dem Schuljahr 2014/2015 noch größer werden, wenn die inkludierten Schülerinnen und Schüler der Grundschule auf die nachfolgenden Schulformen wechseln.

Da die Haushaltsberatungen des Landtages anstehen, halten wir es für angebracht, dass der Landkreis Vorpommern-Rügen gegenüber dem Bildungsminister, der Landesregierung sowie den Landtagsabgeordneten der demokratischen Parteien eine gemeinsame Position bei der Übernahme der zukünftigen Belastungen bei inklusiver Schulbildung vertritt.

gez.
Dr. Stefan Kerth
Fraktionsvorsitzender

gez.
Andreas Kuhn
Fraktionsvorsitzender

gez.
Rolf Martens
Fraktionsvorsitzender